



Schiefergasrevolution und Re-Industrialisierung

Die Schiefergasrevolution in den USA ist Thema einer breiteren wirtschaftspolitischen, aber auch einer außen- und sicherheitspolitischen Debatte.

[>> Seite 10](#)

Welthandel



Weltwirtschaft auf Wachstumskurs

Weltwirtschaft und Welthandel haben in den letzten Monaten ihren Wachstumskurs beibehalten.

[>> Seite 2](#)

Deutscher Außenhandel



Deutsche Exportindustrie optimistisch

Im Januar sind die Ausfuhren mit einem Plus von 2,2 Prozent gut in das Jahr 2014 gestartet.

[>> Seite 4](#)

Branchenfokus Chemieindustrie



Erfolgsfaktor Freihandel

In den kommenden Jahrzehnten wird für die globale Chemienachfrage ein Anstieg von vier Prozent pro Jahr erwartet.

[>> Seite 8](#)

Gastbeitrag



Re-Industrialisierung als Hoffnungswert

Berend Diekmann (BMWi) über die Renaissance des produzierenden Gewerbes in den USA.

[>> Seite 12](#)

Gastbeitrag



Deutsche Grundstoffindustrie

Henrik Meincke (VCI) zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Grundstoffindustrie.

[>> Seite 13](#)

Weitere Themen

-  **Investitionsschutz**
[>> Seite 16](#)
-  **Freihandelsabkommen**
[>> Seite 17](#)
-  **Globalisierung**
[>> Seite 18](#)
-  **Außenwirtschaftstermine**
[>> Seite 19](#)

Weltwirtschaft und deutsche Exporte

Weltwirtschaft und Welthandel haben in den letzten Monaten ihren Wachstumskurs beibehalten. In den USA und in Japan hat sich der Aufwärtstrend fortgesetzt, auch in Europa schreitet die wirtschaftliche Erholung mit moderatem Tempo voran. In den Schwellenländern hat der Abzug von Kapital aus den Industrieländern angesichts der sich abzeichnenden moderaten Straffung der Geldpolitik der US-Zentralbank in den letzten Monaten zu wirtschaftlichen Turbulenzen geführt. Dennoch konnten die Schwellenländer zuletzt wieder an Dynamik gewinnen. Eine Ausweitung des Krim-Konflikts könnte die Weltwirtschaft in den kommenden Monaten belasten.



Europa steht vor einer wirtschaftlichen Erholung.

Weltwirtschaft und Welthandel

Weltweite Entwicklung

Die **Weltwirtschaft** ist im vergangenen Jahr laut Hochrechnung des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom Januar um 3,0 Prozent gewachsen. Nach Einschätzung des Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (CPB) zur weltweiten Industrieproduktion konnte der globale Wachstumstrend auch im zweiten Halbjahr 2013 fortgesetzt werden. Im dritten Quartal (letztverfügbare Daten) hat die Industrieproduktion im Vergleich zum Vorquartal um 0,9 Prozent zugelegt (Q2 2013: 0,6 Prozent). Treiber der Entwicklung waren hier sowohl die Industrie- als auch die Schwellenländer, wobei die Schwellenländer zuletzt wieder stärker gewachsen sind. Auch im Oktober und November konnte das Wachstumstempo beibehalten werden. Der IWF hat seine Prognose für das Wachstum der Weltwirtschaft im laufenden Jahr zuletzt im Januar um 0,1 Prozentpunkte aufwärts korrigiert und rechnet nun mit einem Plus von 3,7 Prozent.

Der **Welthandel** konnte im vergangenen Jahr laut IWF um 4,7 Prozent zunehmen. Im dritten Quartal des vergangenen Jahres ist der internationale Güteraustausch laut CPB-Prognose um 1,1 Prozent gegenüber dem Vorquartal gewachsen, wobei die Schwellenländer sowohl bei den Ein- als auch bei den Ausfuhren kräftiger zugelegt haben als die Industrieländer. Mit dem zunehmenden Vertrauen der Marktteilnehmer in die weitere wirtschaftliche Entwicklung steigt auch die Nachfrage nach Handelswaren wieder an, bis November konnte der Welthandel das Wachstumstempo beibehalten. Der positive Trend wird bestätigt durch den RWI/ISI-Containerumschlag-Index, der Entwicklungen des internationalen Handels frühzeitig einschätzt. Im Januar zog der Indikator nochmals an und weist nun den höchsten Stand seit Beginn der Erhebung vor zwei Jahren auf. Dies deutet auf einen stabilen Aufschwung des Handels hin. Der IWF hat seine Prognose für das Wachstum des Welthandels zwar im Januar um 0,5 Prozentpunkte gesenkt und geht nun von einer

Zunahme um 4,5 Prozent aus. Angesichts der zuletzt positiven Signale könnte sich die Einschätzung des IWF jedoch als zu niedrig herausstellen.

Europa lässt Rezession weiter hinter sich

Die Wirtschaftsleistung der **Eurozone** ist laut IWF im Gesamtjahr 2013 im Vorjahresvergleich um 0,4 Prozent geschrumpft. Spätestens seit dem zweiten Quartal 2013 waren die Weichen aber wieder auf Wachstum gestellt, so dass die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal um 0,4 Prozent über dem Vorquartal lag. Im Dezember waren in der Eurozone weiterhin 12 Prozent der Menschen arbeitslos. Die Jugendarbeitslosigkeit ist mit 23,8 Prozent auf einem viel zu hohen Niveau, bewegt sich aber allmählich abwärts und ist laut Eurostat im Vergleich zum November um 0,2 Prozentpunkte zurückgegangen. Im Februar hatte das Bundesverfassungsgericht das Versprechen der EZB, notfalls Staatsanleihen in unbegrenzter Höhe kaufen zu wollen (Outright Monetary Transactions, kurz OMT), als rechtswidrig beurteilt. Das Urteil könnte ggf. die Handlungsfähigkeit der EZB und damit die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone beeinflussen. Allerdings haben die Richter gleichzeitig die Entscheidung an den Europäischen Gerichtshof – eine grundsätzlich europafreundlich eingestellte Institution – weitergegeben. Angesichts der niedrigen Inflation (0,8 Prozent Jahresrate im Januar) bleibt der Europäischen Zentralbank weiterhin Spielraum für geldpolitische Lockerungen. Der IWF hat seine Prognose für die Eurozone zuletzt im Januar leicht um 0,1 Prozentpunkte auf nun 1,0 Prozent angehoben.

Weiter verbessert hat sich zuletzt die Lage in den **Krisenländern** Südeuropas: Im vierten Quartal ist die Wirtschaftsleistung in Italien (0,1 Prozent), Spanien (0,3 Prozent) und Portugal (0,5 Prozent) gestiegen. Außerdem war in allen genannten Ländern die Arbeitslosenquote im Dezember leicht rückläufig. Sorgenkind ist weiterhin Griechenland. Für das Land

wurden zuletzt keine Wachstumszahlen ausgewiesen, die Arbeitslosigkeit stieg im Oktober leicht um 0,1 Prozentpunkte auf 27,8 Prozent an. Im Januar konnte die griechische Regierung die angestrebten Haushaltsziele nicht erreichen. Das Wirtschaftswachstum in Frankreich lag 2013 mit 0,2 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt der Industrieländer (1,3 Prozent). Im Schlussquartal hatte sich die wirtschaftliche Erholung aber weiter gefestigt, das BIP konnte im Vergleich zum Vorquartal um 0,3 Prozent zulegen. Die Arbeitslosenquote blieb zuletzt im Dezember bei 10,8 Prozent konstant, während sich die Jugendarbeitslosigkeit laut Eurostat leicht um 0,1 Prozent auf 25,6 Prozent erhöht hat. Zum Jahresende ging die Industrieproduktion zurück. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist in den letzten Monaten angestiegen, Regierungspläne zur Unternehmensrettung durch Verstaatlichung stoßen aber auch in Brüssel auf Widerstand. Im Januar ging der IWF für das Gesamtjahr von einem Wirtschaftswachstum in Höhe von 0,9 Prozent aus.

Mit Plus 1,7 Prozent legte die Wirtschaft in **Großbritannien** im vergangenen Jahr stärker zu als der Durchschnitt der Industrieländer (1,3 Prozent). Auch im Schlussquartal war die britische Volkswirtschaft mit einem Wachstum von 0,7 Prozent eine wichtige Stütze des Aufschwungs in der Europäischen Union. Die Arbeitslosenquote ist im Dezember erstmals seit Februar 2013 überraschend, wenn auch nur leicht, um 0,1 Prozentpunkte auf 7,2 Prozent gestiegen. Allerdings dürfte dieser Wert dem allgemeinen Aufwärtstrend am britischen Arbeitsmarkt nicht entgegenstehen. So hat sich zuletzt im Januar die Zahl der Menschen mit einem Anspruch auf Arbeitslosenhilfe verringert. Die Bank of England (BoE) hatte angekündigt, die Zinsen zu erhöhen, sobald die Arbeitslosenquote unter 7,0 Prozent fällt. Im Januar kündigte sie angesichts der in der Tendenz rasch fallenden Arbeitslosenquote eine Überarbeitung dieses Plans an, um die Straffung der Geldpolitik noch etwas hinauszögern zu können. Nach Äußerungen der BoE von Mitte Februar ist ab Frühjahr 2015 wieder mit steigenden Leitzinsen zu rechnen. Der IWF hat seine Wachstumsprognose für das laufende Jahr zuletzt deutlich um 0,6 Prozentpunkte auf 2,4 Prozent angehoben.

Verfestigter Aufschwung in den USA

Im vergangenen Jahr lag auch das Wirtschaftswachstum der **USA** mit 1,9 Prozent deutlich über dem Durchschnitt der Industrieländer (1,3 Prozent). Im Schlussquartal 2013 hatte sich der Aufschwung weiter verfestigt, die Wirtschaftsleistung konnte im Vergleich zum Vorquartal wieder kräftig um 0,8 Prozent zulegen (nach 1,0 Prozent im dritten Quartal). Im Jahresverlauf zeigte die gestiegene Sparquote zwar eine anhaltende Skepsis der Verbraucher gegenüber der weiteren Wirtschaftsentwicklung, gleichzeitig ist allerdings die Investitionsquote auf 16,2 Prozent angestiegen – das ist der höchste Wert seit Herbst 2008. Auch der Immobilienmarkt konnte seine langsame Erholung bis zuletzt fortsetzen. Die Arbeitslosenquote war im Dezember um 0,3 Prozentpunkte auf 6,7 Prozent zurückgegangen und liegt damit auf dem niedrigsten Stand seit Oktober 2008. Der US-Kongress hat am 12. Februar mit der Aussetzung der Schuldengrenze bis März 2015 eine Hürde für den weiteren Aufschwung aus dem Weg geräumt, die Regierung wird so zunächst handlungsfähig bleiben. Dennoch bleiben weitreichende Reformen angesichts der Zerstrittenheit des Kongresses unwahrscheinlich. Der IWF hat seine Wachstumsprognose für die USA für 2014 zuletzt um 0,2 Prozent auf 2,8 Prozent angehoben.

Südamerika unter den Erwartungen

In **Brasilien** ist das Wirtschaftswachstum laut IWF im vergangenen Jahr mit 2,3 Prozent deutlich hinter dem durchschnittlichen Wachstum der Schwellenländer in Höhe von 4,7 Prozent zurückgeblieben. In den vergangenen Monaten litt die Wirtschaft des Landes unter Währungsturbulenzen, im Frühjahr hatte die Währung im Vorjahresvergleich um rund 17 Prozent abgewertet. Für das laufende Jahr hat der IWF seine Prognose zuletzt im Januar um 0,2 Prozentpunkte zurückgenommen und rechnet nun mit 2,3 Prozent. Auch die wirtschaftliche Dynamik in **Mexiko** blieb im vergangenen Jahr mit 1,2 Prozent hinter den Erwartungen zurück, Hauptgrund für die Abkühlung war die schwächere Nachfrage aus den benachbarten USA. Für das laufende Jahr erwartet der IWF unverändert ein Wachstum in Höhe von 3,0 Prozent. Auch für **Lateinamerika** insgesamt geht der IWF von einem Wachstum von 3,0 Prozent aus.

Infobox

	2012	2013	2014 (Prognose)																																								
Wirtschaftswachstum (Wachstum gegenüber dem Vorjahr in Prozent, Quelle: Internationaler Währungsfonds)																																											
<table> <tr> <td>Weltwirtschaft</td><td>3,1</td><td>3,0</td><td>3,7</td></tr> <tr> <td>Industrieländer</td><td>1,4</td><td>1,3</td><td>2,2</td></tr> <tr> <td>Entwicklungs- und Schwellenländer</td><td>4,9</td><td>4,7</td><td>5,1</td></tr> <tr> <td>USA</td><td>2,8</td><td>1,9</td><td>2,8</td></tr> <tr> <td>Euroraum</td><td>-0,7</td><td>-0,4</td><td>1,0</td></tr> <tr> <td>Deutschland</td><td>0,9</td><td>0,5</td><td>1,6</td></tr> <tr> <td>Brasilien</td><td>1,0</td><td>2,3</td><td>2,3</td></tr> <tr> <td>Russland</td><td>3,4</td><td>1,5</td><td>2,0</td></tr> <tr> <td>Indien</td><td>3,2</td><td>4,4</td><td>5,4</td></tr> <tr> <td>China</td><td>7,7</td><td>7,7</td><td>7,5</td></tr> </table>				Weltwirtschaft	3,1	3,0	3,7	Industrieländer	1,4	1,3	2,2	Entwicklungs- und Schwellenländer	4,9	4,7	5,1	USA	2,8	1,9	2,8	Euroraum	-0,7	-0,4	1,0	Deutschland	0,9	0,5	1,6	Brasilien	1,0	2,3	2,3	Russland	3,4	1,5	2,0	Indien	3,2	4,4	5,4	China	7,7	7,7	7,5
Weltwirtschaft	3,1	3,0	3,7																																								
Industrieländer	1,4	1,3	2,2																																								
Entwicklungs- und Schwellenländer	4,9	4,7	5,1																																								
USA	2,8	1,9	2,8																																								
Euroraum	-0,7	-0,4	1,0																																								
Deutschland	0,9	0,5	1,6																																								
Brasilien	1,0	2,3	2,3																																								
Russland	3,4	1,5	2,0																																								
Indien	3,2	4,4	5,4																																								
China	7,7	7,7	7,5																																								
Welthandel (Wachstum gegenüber dem Vorjahr in Prozent, Quelle: Internationaler Währungsfonds)																																											
	2,7	2,7	4,5																																								
Deutsche Exporte (Wachstum gegenüber dem Vorjahr in Prozent, Quelle: Statistisches Bundesamt)																																											
	3,3	-0,2																																									
Deutsche Importe (Wachstum gegenüber dem Vorjahr in Prozent, Quelle: Statistisches Bundesamt)																																											
	0,4	-1,2																																									
	Q1 2013	Q2 2013	Q3 2013	Q4 2013																																							
Welthandel (Wachstum gegenüber dem Vorquartal in Prozent, Quelle: CPB World Trade Monitor)																																											
	0,8	0,3	1,1																																								
Deutsche Exporte (Veränderung zum Vorquartal in Prozent, Quelle: Statistisches Bundesamt)																																											
	-0,2	0,3	0,2	1,6																																							
Deutsche Importe (Veränderung zum Vorquartal in Prozent, Quelle: Statistisches Bundesamt)																																											
	-1,2	1,3	-0,4	0,0																																							
Effektiver Wechselkurs (Realer effektiver Wechselkurs des Euro gegenüber 40 anderen Währungen, Q1 = 100, Quelle: Deutsche Bundesbank)																																											
	94,9	95,0	96,8	97,8																																							
Auftragseingang der deutschen Industrie aus dem Ausland (saisonbereinigt, Quelle: Deutsche Bundesbank)																																											
	109,0	112,3	113,3	116,6																																							

Asien

Obwohl die Zeiten zweistelliger Wirtschaftsraten vorbei sind, lag das Wirtschaftswachstum in **China** im vergangenen Jahr mit 7,7 Prozent deutlich über dem Durchschnitt der Schwellenländer. Die Exportwirtschaft des Landes leidet unter der noch verhält-

nismäßig schwachen Nachfrage aus den Industrieländern sowie unter Immobilienblasen und Kreditausfällen. Beim Treffen der G20-Finanzminister in Sydney Ende Februar bremste der chinesische Finanzminister die Erwartungen an das chinesische Wachstum. Tatsächlich gingen laut dem China Economic Panel (CEP) die Konjunkturerwartungen für China im Februar zurück. Für das laufende Jahr hat der IWF seine Prognose zuletzt trotz der moderaten Konjunktursignale um 0,3 Prozentpunkte auf 7,5 Prozent erhöht.

Auch die Wirtschaft in **Indien** blieb im vergangenen Jahr mit einem Wachstum von 4,4 Prozent unter ihren Möglichkeiten. Infolge der angekündigten Straffung der Geldpolitik der USA kam in den letzten Monaten auch die indische Landeswährung unter Druck, im Januar lag der Kurs der Rupie rund 15 Prozent unter Vorjahresniveau. Im Kampf gegen die Inflation hat die Zentralbank die Leitzinsen seit September schon dreimal auf zuletzt acht Prozent angehoben. Dadurch konnte die Inflation gebändigt werden, die hohen Zinsen bremsen allerdings das Wirtschaftswachstum weiter aus. Der Frühindikator der OECD zeigt für das Land weiterhin eine Abschwächung der wirtschaftlichen

Dynamik an. Für das laufende Jahr hat der IWF seine Prognose zuletzt um 0,2 Prozent angehoben und rechnet nun mit 5,3 Prozent Wirtschaftswachstum.

In **Japan** ist die Wirtschaftsleistung 2013 mit 1,7 Prozent deutlich stärker als im Durchschnitt der Industrieländer gestiegen. Allerdings blieb die Dynamik im Schlussquartal mit einem Wachstum von 0,3 Prozent gegenüber dem Vorquartal hinter den Erwartungen zurück. Angesichts des niedrigen Kurses des Yen erstaunt es nicht, dass die japanischen Exporte 2013 um 9 Prozent wachsen konnten. Im Zuge der Abwertung verteuerten sich für das importabhängige Land dadurch aber auch die Einfuhren, die mit 15 Prozent noch kräftiger zulegten als die Exporte. Damit mehren sich die Zweifel an der Nachhaltigkeit der ultraexpansiven Geldpolitik Japans. Dennoch hält die japanische Zentralbank weiterhin an ihrem Kurs fest und hat im Februar sogar ihr Programm zur Förderung der Kreditvergabe aufgestockt und verlängert. Für das laufende Jahr hat der IWF seine Prognose zuletzt im Januar deutlich um 0,4 Prozentpunkte auf nun 1,7 Prozent angehoben.

Deutsche Exportindustrie zum Jahresbeginn optimistisch

Exporte im Jahr 2013 leicht rückläufig

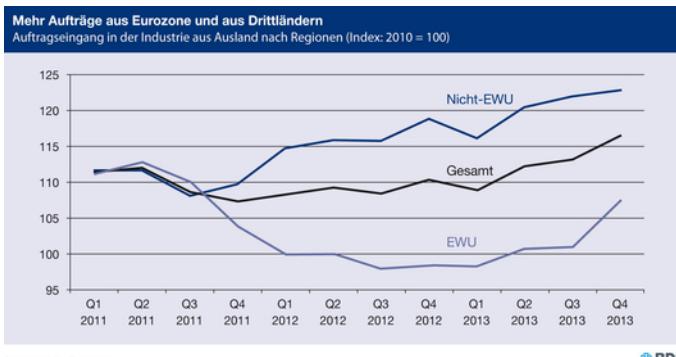


Die deutschen Exporte blieben im Jahr 2013 mit einem Minus von 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr unter den Erwartungen. Insgesamt wurden Waren im Wert von 1,1 Bio. Euro aus Deutschland ausgeführt. Grund für den Rückgang war die schwache Nachfrage aus den Ländern der Eurozone (-1,0 Prozent) und in den Ländern außerhalb Europas (-0,5 Prozent). Noch stärker als die Ausfuhren gingen 2013 die Einfuhren zurück (-1,1 Prozent), dies erklärt auch den hohen Handelsbilanzüberschuss in Höhe von 198,9 Mrd. Euro im Jahr 2013. Für die allmähliche Belebung der Wirtschaft in der Europäischen Union war der deutsche Außenhandel 2013 aber dennoch eine Triebkraft. So haben die Einfuhren aus den EU-Ländern im vergangenen Jahr mit 2,1 Prozent deutlich stärker zugelegt als die deutschen Ausfuhren in diese Länder (0,1 Prozent). Im Schlussquartal 2013 legten die Ausfuhren um 1,6 Prozent gegenüber dem Vorquartal zu (Q3 2013: 0,2 Prozent). Im Januar sind die Ausfuhren mit einem Plus von 2,2 Prozent gegenüber dem Vormonat sehr gut in das Jahr 2013 gestartet, seit einerinhalb Jahren waren die Exporte nicht mehr so stark angestiegen.

Auftragslage und Frühindikatoren

Der Eingang an Auslandsaufträge bei der deutschen Industrie hat laut Angaben der Bundesbank im Schlussquartal 2013 nochmals zugelegt. Vor allem durch die Bestellungen aus den Ländern der Eurozone haben sich die Auftragsbücher im vierten Quartal 2013 gefüllt, aber auch in den Ländern außerhalb Europas steigt die Nachfrage nach deutschen Produkten. Dabei konnten sowohl die Produzenten von Vorleistungs-, Konsum- als auch Investitionsgütern profitieren. Im Januar haben die Auslandsaufträge nochmal um 1,0 Prozent gegenüber dem Vormonat zugelegt.

Die verschiedenen Frühindikatoren für die Entwicklung der Weltwirtschaft lassen darauf schließen, dass die globale Wirtschaftstätigkeit weiter anziehen wird. Der Indikator für das Weltwirtschaftsklima des ifo-Instituts zeigt für das erste Quartal 2014 weiter aufwärts, Treiber sind hier der zunehmende Optimismus für Europa und Nordamerika. Auch der Bundesbank-Frühindikator für die Weltwirtschaft signalisiert ein moderates Expansionstempo. Die Composite Leading Indicators (CLI) der OECD zeigten zuletzt für die meisten entwickelten Volkswirtschaften deutlich nach oben.



Fazit und Prognose: Herausforderungen und Exportwachstum



Mit der Erholung der Weltwirtschaft hellen sich die Aussichten für die Exportentwicklung Deutschlands auf.

Die Wirtschaft in den USA hat in den vergangenen Monaten den Wachstumskurs beibehalten. In der Eurozone geht es weiter aufwärts, sogar in den großen Krisenländern in Südeuropa zeichnet sich eine wirtschaftliche Erholung ab. In Japan setzte sich die Aufwärtsbewegung fort, die Nachhaltigkeit der japanischen Wirtschaftspolitik muss sich aber noch beweisen. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass sich die Industrieländer im Jahresverlauf deutlich dynamischer entwickeln werden als im Vorjahr. Die Schwellenländer leiden nach wie vor unter der schleppenden Nachfrage aus den Industrieländern, zusätzlich hatten sie in den letzten Monaten verstärkt mit sinkenden Wechselkursen zu kämpfen. Obwohl diese Turbulenzen mit der weiteren Straffung der Geldpolitik in den Industrieländern zunehmen werden, ist damit zu rechnen, dass auch in den Schwellenländern die Wirtschaftsdynamik im Jahresverlauf anzieht. Eine Ausweitung des Krim-Konflikts könnte die Weltwirtschaft in den kommenden Monaten belasten. Schon jetzt belastet das Vorgehen Russlands auf der Krim die internationale Reputation des Landes. Wenn eine Spirale aus gegenseitigen

Wirtschaftssanktionen in Gang gesetzt wird, könnte die deutsche, europäische und auch die russische Wirtschaft Schaden nehmen. So sind etwa die Planungen für ein russisches Gesetz zur Enteignung ausländischer Unternehmen ein alarmierendes Signal für Investoren.

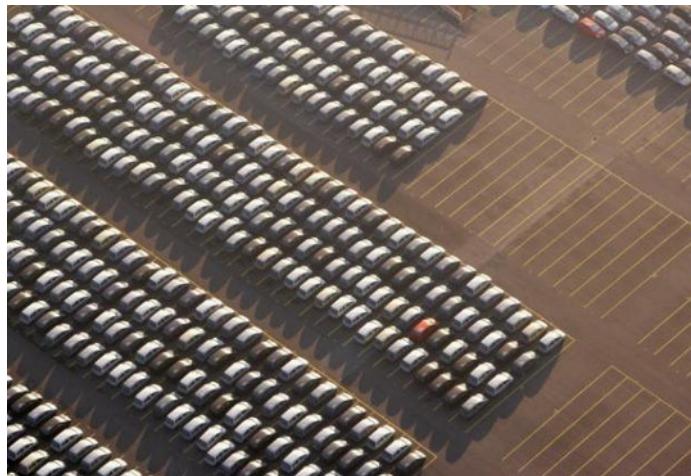
Auch wenn sich mit der zunehmenden Erholung der Weltwirtschaft die Aussichten für die weitere Entwicklung der deutschen Ausfuhren aufgehellt haben, steht die Exportindustrie weiterhin vor großen Herausforderungen. Die stärksten Herausforderungen bleiben dabei der weltweit zunehmende Protektionismus und der noch unzureichende Reformkurs in der EU. Außerdem ist der reale effektive Wechselkurs des Euro (gegenüber 40 anderen Währungen) zuletzt weiter angestiegen.

Vor dem Hintergrund der Verbesserung des weltwirtschaftlichen Umfelds, der Zunahme der Auslandsaufträge und dem kräftigen Wachstum der deutschen Exporte im Schlussquartal des vergangenen Jahres und zum Jahresbeginn erwarten wir, dass sich die deutschen Exporte im ersten Halbjahr 2014 und darüber hinaus positiv entwickeln werden. Die Nachfrage nach deutschen Kraftfahrzeugen hat in den letzten Monaten angezogen, insbesondere in Westeuropa und Asien. Die Automobilindustrie rechnet mit einer weiteren Zunahme der Ausfuhren im Jahresverlauf. Auch die Elektroindustrie, die chemische Industrie und die Nichteisen-Metallindustrie sind optimistisch ins Jahr 2014 gestartet. Der Maschinenbau geht hingegen für das erste Quartal von schwachen Exporten aus. Unter Berücksichtigung der letzten Umfrage unter den exportorientierten BDI-Mitgliedsverbänden rechnet der BDI für das laufende Jahr mit einer deutlichen Zunahme der Exportdynamik. Voraussetzung für ein gutes Exportjahr 2014 ist aber, dass sich die Krim-Krise nicht verschärft, die wirtschaftliche Erholung in der Eurozone sich vertieft und die positive Entwicklung in den USA anhält.

Berichte aus den Branchen

Automobilindustrie: Positiver Trend bestätigt sich zu Jahresanfang

Die Automobilexporte sind schwungvoll ins neue Jahr gestartet. In den ersten beiden Monaten stiegen die Pkw-Ausfuhren um 9 Prozent und erreichten mit 339.000 Stück sogar den höchsten Januarwert seit sechs Jahren. Damit setzte sich die positive Entwicklung aus dem letzten Quartal fort, in dem die Auslandslieferungen um 6 Prozent zugelegt hatten. Getragen wird der aktuelle Aufschwung von der sich langsam aber stetig belebenden Pkw-Nachfrage in Europa, die im Februar den sechsten Monat in Folge angestiegen ist. In Westeuropa waren im Schlussquartal 2013 vor allem die Exportpartner Großbritannien mit einem Zuwachs von 10 Prozent und Spanien mit einem Plus von 9 Prozent die Treiber. Die Ausfuhren nach Asien, das inzwischen 18 Prozent der deutschen Pkw-Exporte ausmacht, konnten um 27 Prozent ausgeweitet werden. Wichtigstes Bestimmungsland ist hier China mit einem Zuwachs der Einfuhren aus Deutschland um 41 Prozent. Gute Konjunkturaussichten, ein hoher Ersatzbedarf aufgrund des überalterten Pkw-Bestands und neue attraktive Modelle der deutschen Hersteller dürften die Exporte insbesondere nach Westeuropa im weiteren Jahresverlauf unterstützen.



Die Pkw-Nachfrage in Europa belebt sich langsam aber stetig.

Elektroindustrie: ZVEI erwartet für 2014 zunehmende Exportdynamik

Die Ausfuhren der deutschen Elektroindustrie sind nach zuvor drei Jahresrekorden in Folge 2013 mit einem Volumen von 158,3 Mrd. Euro 1,0 Prozent hinter ihrem Vorjahreswert zurückgeblieben. Zwar nahmen die Exporte in die Schwellenländer zum vierten Mal nacheinander zu und erhöhten sich – wenn auch weniger dynamisch als in den Vorjahren – um 1,6 Prozent auf 54,4 Mrd. Euro. Sie konnten die Ausfuhrrückgänge in die Industrieländer von minus 2,4 Prozent auf 103,9 Mrd. Euro diesmal jedoch nicht kompensieren. Die Branchenlieferungen in die Eurozone verfehlten 2013 ihren Vorjahresstand um 2,2 Prozent

und beliefen sich auf 50,6 Mrd. Euro. Während die Ausfuhren in die USA im selben Zeitraum leicht um 0,4 Prozent auf 13,2 Mrd. Euro sanken, legten die Exporte nach China deutlich um 9,2 Prozent auf 13,1 Mrd. Euro zu. Nach dem verhaltenen vergangenen Jahr rechnet der ZVEI im ersten Quartal 2014 mit einer Belebung des Exportgeschäfts, die sich im Jahresverlauf fortsetzen sollte.

Chemisch-pharmazeutische Industrie: Nachfrage aus Übersee wird anziehen

Trotz der schwachen Weltkonjunktur blieben deutsche Chemikalien im vergangenen Jahr gefragt. Voraussichtlich könnten die Exporte um rund 2,5 Prozent zulegen. Neben Pharmazeutika waren insbesondere die industrienahen Fein- und Spezialchemikalien im Ausland gefragt. Die Preise für Chemikalien sanken im Vergleich zum Vorjahr um rund 1 Prozent. Insgesamt blieb das Exportwachstum jedoch hinter dem Wachstum früherer Jahre zurück. Die nur moderate Wachstumsdynamik in den Schwellenländern hatte Auswirkungen auf das Überseegeschäft. Die Exporte nach Lateinamerika waren sogar rückläufig. Auch die Exporte nach Asien konnten nicht so stark ausgeweitet werden wie in den vergangenen Jahren. Aufgrund der wirt-

schaftlichen Probleme im Euroraum konnte das Geschäft mit den »alten« EU-Mitgliedstaaten, dem mit Abstand größten Markt der Branche, nur moderat ausgeweitet werden. Erfreulich hingegen entwickelte sich die Exportnachfrage aus den sonstigen europäischen Staaten. Auch die Nachfrage der NAFTA-Staaten konnte, insbesondere zu Jahresende, zulegen. Mittlerweile kommen aus den Märkten in Übersee wieder positive Signale für die Konjunktur. Daher wird die Nachfrage nach Chemikalien aus Übersee in den kommenden Monaten wieder anziehen. Das Europageschäft dürfte sich stabilisieren.

Maschinenbau: Schwache Exporte im ersten Quartal

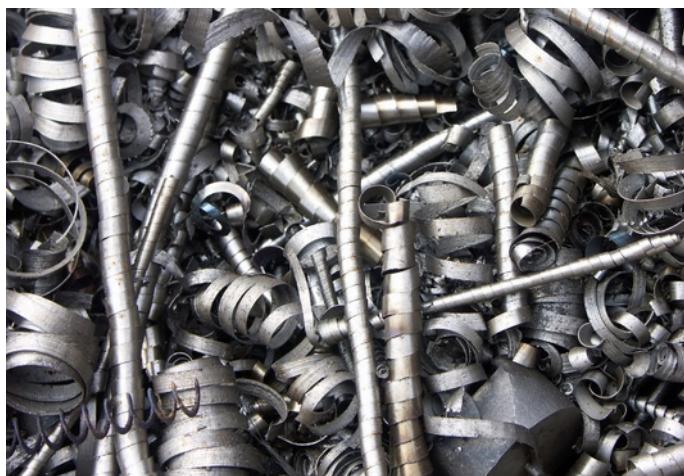


Die Maschinenausfuhren entwickelten sich zuletzt wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise bescheiden.

Die deutschen Maschinenausfuhren blieben im Jahr 2013 knapp um nominal 0,3 Prozent unter dem Vorjahresstand, wobei sich zum Ende des betrachteten Zeitraums, also im vier-

ten Quartal, mit plus 1,9 Prozent bereits eine leichte Erholung abzeichnete. Mit dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 waren zunächst die Schwellenländer eine treibende Kraft der Weltwirtschaft. Diese Rolle fällt nun Europa zu, wenn auch in kleinerem Maßstab. Im Durchschnitt des Jahres positiv (2,1 Prozent in der EU 28), zeigt sich zum Ende des Jahres mit plus 6,6 Prozent ein kräftigerer Impuls. Ein ähnliches Bild bietet auf der anderen Seite des Atlantiks die NAFTA: Im Jahresdurchschnitt stiegen die Exporte um 2,4 Prozent, im vierten Quartal um 9,7 Prozent. Unter den größten zwanzig Einzelmärkten des Maschinenbaus expandierten 2013 nur zwei kräftig, nämlich die Türkei und die Republik Korea mit 10,2 bzw. 10,6 Prozent. Der größte Einzelmärkt, China, war hingegen mit -3,7 Prozent weiter auf Schrumpfkurs. Aufgrund der bis zu den letzten vorliegenden Daten (Januar 2014) bescheidenen Entwicklung der Auslandsnachfrage nach deutschen Maschinen und Anlagen ist damit zu rechnen, dass die Exporte im ersten Quartal schwach ausfallen.

Nichteisen-Metallindustrie: Optimistisch ins neue Jahr



Ein großer Teil der Umsätze der Nichteisen-Metallindustrie wird auf dem Auslandsmarkt erzielt.

Die deutsche Nichteisen(NE)-Metallindustrie startet optimistisch ins Jahr 2014. 2013 erzielten die metallerzeugenden und -verarbeitenden Unternehmen 43 Prozent ihres Umsatzes auf aus-

ländischen Märkten. 62 Prozent der Exporte wurden in die Euroländer geliefert – das sind sechs Prozentpunkte weniger als noch vor zwei Jahren. Der Auslandsumsatz der gesamten Branche ging 2013 überwiegend börsenpreisbedingt um zwölf Prozent auf 19,4 Mrd. Euro gegenüber 2012 zurück. Die Exporte der Aluminiumindustrie sanken im selben Zeitraum um ein Prozent auf 6,1 Mrd. Euro. Der Auslandsumsatz der Buntmetallindustrie (Kupfer, Zink, Blei, Zinn und Nickel) ging 2013 um 17 Prozent auf 7,5 Mrd. Euro zurück. Die NE-Metallgießereien lieferten 2013 Gussteile im Wert von 1,7 Milliarden Euro ins Ausland – das sind vier Prozent mehr als im Vorjahr. Die Umsatzentwicklung wurde von den volatilen Börsennotierungen der NE-Metalle beeinflusst. 2013 wirkten sich die Metallpreise insgesamt dämpfend auf den Umsatz aus. Die Auslandsmärkte – insbesondere die europäischen – sind für die deutschen metallerzeugenden und -verarbeitenden Unternehmen weiterhin maßgeblich. Für 2014 schließt die NE-Metallindustrie ein leichtes Exportwachstum nicht aus, börsenpreisbedingt dürfte der Auslandsumsatz allerdings nicht zunehmen.

Branchenfokus Chemieindustrie



Die chemische Industrie ist ein wichtiger Eckpfeiler des Exportlands Deutschland.

Die Bedeutung der chemischen Industrie

Die chemische Industrie gehört mit Rang drei beim Umsatz zu den wichtigsten Branchen in Deutschland. 2013 erwirtschaftete sie knapp 190 Mrd. Euro – das sind rund elf Prozent des Umsatzes des deutschen Verarbeitenden Gewerbes. Mit aktuell 436 500 Beschäftigten ist sie der sechstgrößte industrielle Arbeitgeber. Innerhalb Europas ist die Branche mit Abstand die Nummer eins. Rund 25 Prozent des europäischen Chemieumsatzes entfallen auf Deutschland. Weltweit belegt sie hinter China, den USA und Japan Rang vier.

Die Chemie ist eine wachsende Industrie. In den kommenden Jahrzehnten wird für die globale Chemienachfrage ein Anstieg von vier Prozent pro Jahr erwartet. Vor allem in den Schwellenländern steigt der Bedarf nach Chemikalien. Aber auch in den Industrieländern werden für die Industrieproduktion zunehmend innovative chemische Werkstoffe und Know-how aus den Chemielaboren benötigt. Der deutschen Chemieindustrie bieten sich dadurch Wachstumschancen.

Chemie »made in Germany« ist rund um den Globus gefragt. Die Exportquote für chemische Güter beträgt mittlerweile fast 90 Prozent. Auch, wenn die (indirekten) Chemieexporte über andere Branchen und die Re-Exporte herausgerechnet werden, beträgt die Auslandsumsatzquote der chemischen Industrie immer noch 60 Prozent. Die europäischen Nachbarländer sind mit rund 70 Prozent der Ausfuhren die wichtigsten Abnehmermärkte. Jeweils rund 15 Prozent der Exporte entfallen auf den amerikanischen Kontinent und Asien – Tendenz steigend. 2013 erreichten die Chemie-Exporte einen Wert von über 165 Mrd. Euro. Deutschland konnte damit zum elften Mal in Folge seinen Titel als Exportweltmeister von chemischen Erzeugnissen verteidigen. Allerdings holten die USA kräftig auf, nicht zuletzt dank des billigen Schiefergases.

Freihandel: Erfolgsfaktor der chemischen Industrie

Die deutsche Chemie-Branche erwirtschaftete 2013 einen deutlichen Exportüberschuss von 54 Mrd. Euro. Damit ist sie ein wichtiger Eckpfeiler des Exportlands Deutschland. Trotz der großen Exporterfolge der deutschen Chemie stößt der Außenhandel mit chemisch-pharmazeutischen Produkten noch immer auf Barrieren. Von Zöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen ist die Branche sowohl bei ihren Exporten als auch beim Bezug von Vorprodukten aus dem Ausland betroffen. Ihr Abbau würde Deutschland und Europa wichtige Wachstumsimpulse geben. Die chemische Industrie setzt sich daher für eine weitere Handelsliberalisierung und eine Verbesserung der internationalen Regeln über multilaterale und bilaterale Verhandlungen ein.

Der Teilerfolg der 9. Ministerkonferenz auf Bali im Dezember 2013 hat der WTO neues Leben eingehaucht. Noch wichtiger als die Inhalte des Bali-Paketes ist das Signal, dass die WTO auch bei der Regelsetzung handlungsfähig ist. 2014 geht es darum, ein neues Arbeitsprogramm für die WTO zu entwerfen. Die ersten Signale hierfür sind nicht ermutigend: Am Rande des World Economic Forums in Davos haben wichtige Akteure, darunter die USA, die EU, China und Japan, erklärt, ein plurilaterales »Umweltgüter«-Abkommen anzustreben. Dieser Ansatz geht aus Sicht der deutschen Chemie in die falsche Richtung: In Zeiten zunehmender internationaler Produktionsverflechtungen in globalen Wertschöpfungsketten sind horizontale Zollsenkungen und die Zolleliminierung auf Vorprodukte - zum Beispiel aus der Chemie - dem Abbau nur weniger Zölle auf willkürlich ausgewählte Endprodukte vorzuziehen. Hier gilt es, eine wirklich wachstums- und entwicklungsfördernde Agenda zu schaffen.

Bei den bilateralen Abkommen dominierte 2013 der Beginn der Verhandlungen zum Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) das Geschehen. Die Chemieindustrie sieht in TTIP eine große Chance, Zölle abzubauen und regulatorische Unterschiede zu verkleinern. Außerdem könnte das wirtschaftliche Gewicht der beiden größten Volkswirtschaften eingebracht werden, um in einer sich wandelnden Welt vereint global hohe Schutzstandards zu setzen. Zuletzt sind die Verhandlungen heftig von Nichtregierungsorganisationen kritisiert worden. Vielen der Vorwürfe fehlt eine fundierte Basis. So will die deutsche Chemie europäische Schutzstandards nicht durch TTIP senken. Zudem setzt sie sich dafür ein, die Regeln zum Schutz internationaler Investitionen so auszustalten, dass Investoren angemessenen Schutz und Staaten die erforderlichen Gestaltungsspielräume zum Schutz von Verbrauchern und Umwelt haben.

»Europa braucht mehr Außenhandel und mehr Investitionen, um die Krise nachhaltig hinter sich zu lassen und Arbeitsplätze zu schaffen. Das Jahr 2014 bietet die große Chance, in der Handelspolitik hierfür die richtigen Weichen zu stellen – durch eine Initiative für umfassende Zollsenkungen im Rahmen der WTO und durch Fortschritte auf dem Weg zu einer transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft.«

Dr. Matthias Blum

Referent für Handels- und Industriepolitik
Verband der Chemischen Industrie (VCI)



Matthias Blum

Verband der Chemischen Industrie (VCI)

Der VCI vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen von rund 1 650 deutschen Chemieunternehmen und deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. Der VCI steht für mehr als 90 Prozent der deutschen Chemie.

Verband der Chemischen Industrie

Mainzer Landstraße 55
60329 Frankfurt am Main
www.vci.de

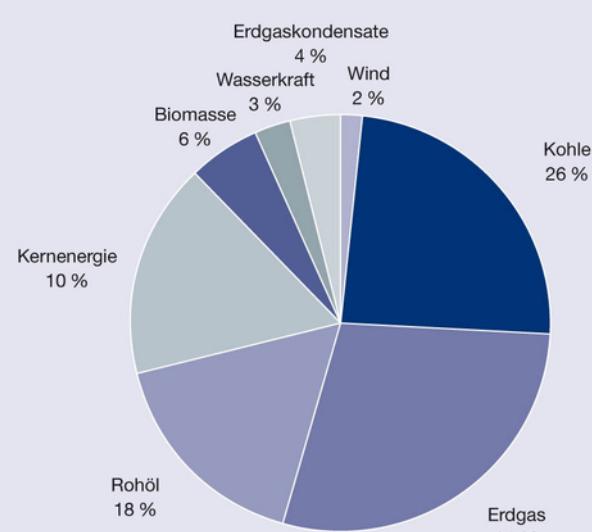


Regionalschwerpunkt USA: Schiefergasrevolution und Re-Industrialisierung Mitten im und jenseits vom Schiefergas – Amerikas vielseitige Energielandschaft

Ein Thema mit allgemeinpolitischer Bedeutung

Die Schiefergasrevolution in den Vereinigten Staaten beschäftigt seit mittlerweile einer halben Dekade die energiewirtschaftliche Fachwelt. Seit rund zwei Jahren ist sie außerdem Thema einer breiteren wirtschaftspolitischen, aber auch einer außen- und sicherheitspolitischen Debatte. Sie dient als Erklärung für eine von zahlreichen Experten vorausgesagte industrielle Renaissance der USA unter dem Motto »Made in America, again«. Die Internationale Energieagentur (IEA) hat es in ihrem World Energy Outlook 2013 auf den Punkt gebracht: US-amerikanische Industrieunternehmen erzielten aufgrund der stark gefallenen Gas- und auch Strompreise im Jahr 2012 Kosteneinsparungen von 130 Mrd. US-Dollar gegenüber ihren Wettbewerbern in Europa und Asien. Ein enormer struktureller Kostenvorteil, der auch mittelfristig anhalten wird und dem gesamten produzierenden Gewerbe Aufwind verleiht. Das gilt besonders für die US-Chemieindustrie, die Gas auch zunehmend als billigen Rohstoff in der Produktion von Basischemikalien nutzt. Sicherheitspolitische Experten verweisen mit Blick auf die zurückgehenden Öl- und Gasimporte darüber hinaus auf die nun reduzierte Notwendigkeit eines fortdauernden starken – auch militärischen – Engagements der Supermacht USA bei dauerhaften Krisenherden fern der Heimat, etwa im Nahen Osten.

Energieproduktion in den USA Erzeugung nach Energiequelle (2012)



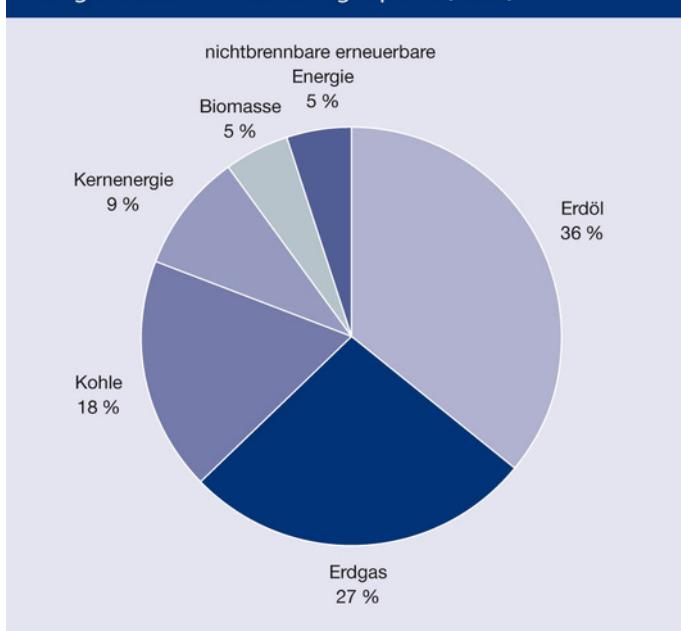
Quelle: Energy Information Administration,
Monthly Energy Review October 2013, 2013



reserven in unkonventionellen Lagerstätten stellt in ihrer Größenordnung und Geschwindigkeit sicherlich die größte globale energiepolitische Umwälzung des letzten Jahrzehnts dar. So liegt der Anteil der Schiefergasförderung an der gesamten Gasförderung der USA mittlerweile schon bei rund 40 Prozent.

Energieverbrauch in den USA

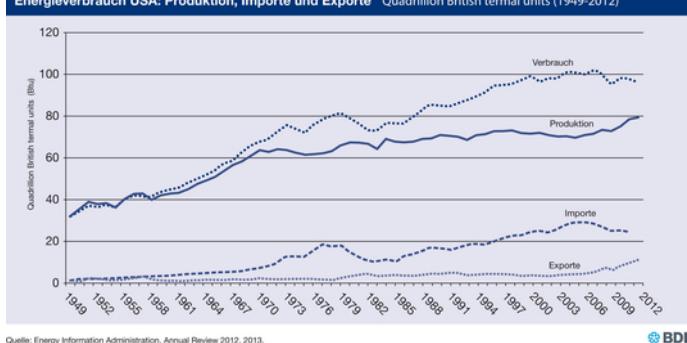
Energieverbrauch nach Energiequelle (2012)



Quelle: Energy Information Administration,
Monthly Energy Review October 2013, 2013.



Energieverbrauch USA: Produktion, Importe und Exporte Quadrillion British thermal units (1949-2012)

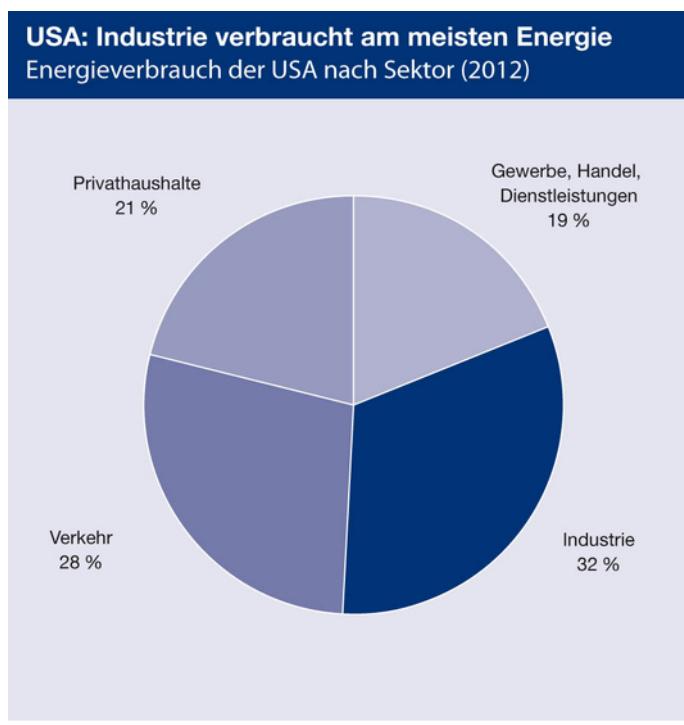


Energieproduktion der USA nach Energiequellen Billiarden British thermal units (1949-2012)



Die »Schiefergaswende«, wie sie vom ehemaligen US-Botschafter in Berlin, Phil Murphy, genannt wurde, kann also nicht nur die wirtschaftlichen Bedingungen in den USA nachhaltig verändern. Die Ausweitung der Gasproduktion durch das Erkennen bisher in Gesteinsformationen eingeschlossener Gas-

Die davon ausgehenden Veränderungen werden die Welt auch noch in den nächsten Jahren weiter beschäftigen. Und das, obwohl der Boom der letzten Jahre beim Abbau von Schiefergas zuletzt etwas abgekühlt ist und bei den Preisen eine leichte Aufwärtskorrektur eingesetzt hat.



Quelle: Energy Information Administration,
Monthly Energy Review October 2013, 2013.



Chancen für die deutsche Wirtschaft

Deutsche Unternehmen profitieren direkt vom Schiefergasabbau in den USA. Sowohl bei der Gasförderung als auch bei der industriellen Anschlussverwendung des Erdgases wird Infrastruktur aufgebaut, bei der auch Maschinen und Anlagen aus Deutschland verwendet werden. Neben den Wettbewerbsnachteilen, die für deutsche Unternehmen in energieintensiven Industrien gegenüber Wettbewerbern aus den USA auftreten können, ergeben sich durch die Schiefergasrevolution also durchaus auch Chancen für die deutsche Industrie.

Diese US-amerikanische Erfolgsgeschichte zieht zu Recht politische Aufmerksamkeit auf sich. Die Schiefergasrevolution verdeckt jedoch den Blick auf andere energiewirtschaftlich interessante Entwicklungen, die sich in den USA vollziehen. Nicht nur bei der Exploration von Öl- und Gasvorkommen herrscht in den USA Aufbruchsstimmung. Auch im Bereich der erneuerbaren Technologien und bei smarten Informations- und Kommunikationstechnologie-Anwendungen zeigt sich eine wirtschaftliche Dynamik, an der deutsche Unternehmen beteiligt sind. Diese Entwicklungen sollten die Entscheider in Politik und Wirtschaft hierzulande nicht aus den Augen verlieren. So hat sich etwa seit 2007 die in den USA installierte Photovoltaik-Kapazität von rund 730 MW auf etwa 7 300 MW im Jahr 2013 verzehnfacht. Im gleichen Zeitraum wurden 37 Millionen »Smart Meter« in den USA installiert. Der US-Bundesstaat Kalifornien hat sich als politisches Ziel gesteckt, bis zum Jahr 2020 einen Anteil erneuer-

barer Energien an der Stromversorgung von 33 Prozent zu erreichen (der deutsche Koalitionsvertrag geht von 40 – 45 Prozent bis zum Jahr 2025 aus). Laut dem BP Statistical Review deckten erneuerbare Energien zuletzt mit rund 50 Mio. Tonnen Erdöläquivalent (mtoe) rund 24 Prozent des US-Primärenergieverbrauchs, wohingegen in Deutschland der erneuerbare Anteil inklusive der Wasserkraft lediglich rund 12 Prozent des Gesamtverbrauchs ausmachte. Die US-Energiedeutschland ist also weitaus vielfältiger als die gegenwärtige öffentliche Meinung in Deutschland suggeriert.

Deutsche Unternehmen haben diese Trends erkannt und sehen die USA als einen ihrer Hauptmärkte für Energietechnologien an. So gewann Siemens im Dezember 2013 einen prestigeträchtigen Auftrag für mehr als 100 Windturbinen, welche die Grundlage für den ersten Offshore-Windpark »Cape Wind« der Vereinigten Staaten vor Massachusetts bilden sollen. Die deutsche Industrie verbindet darüber hinaus speziell für den Bereich der Technologieexporte große Hoffnungen mit der Verabschiedung eines Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommens. Der Anteil deutscher Unternehmen an nordamerikanischen Energieinfrastrukturprojekten könnte so in Zukunft weiter steigen.

Zahlen und Fakten zur US-Energiewirtschaft:

- Die USA sind der weltweit größte Ölverbraucher (BP Statistical Review of World Energy 2013).
- Bei den drei wichtigsten Primärenergieträgern Öl, Erdgas und Kohle gehören die USA zu den drei größten Produzenten weltweit (BP Statistical Review of World Energy 2013).
- 2012 produzierten die USA rund 8,9 Mio. Barrel Rohöl pro Tag. Die Rohölproduktion hat damit den höchsten Stand seit 15 Jahren erreicht (BP Statistical Review of World Energy 2013).
- Auf die USA entfallen rund 30 Prozent der weltweiten nuklearen Stromerzeugung (BP Statistical Review of World Energy 2013).
- Der in mehr als 100 Kernkraftwerken produzierte Strom sorgt für rund 20 Prozent der Gesamterzeugung in den USA (Deutschland: 15 Prozent).
- Bundesstaatliche Mindestquoten für die Versorger bilden das wichtigste Instrument für die Förderung von erneuerbaren Energien. »Renewable Portfolio Standards« gibt es mittlerweile in rund 30 Bundesstaaten.

Ansprechpartner im BDI:

Philipp Nießen (Abteilung Energie- und Klimapolitik)
T.: +49 30 2028-1429
p.niessen@bdi.eu

Julia Howald (Abteilung Außenwirtschaftspolitik)
T.: +49 30 2028-1483
j.howald@bdi.eu

Alexander Deubner (Abteilung Internationale Märkte)
T.: +49 30 2028-1715
a.deubner@bdi.eu

Gastbeitrag BMWi**Gibt es eine Renaissance des produzierenden Gewerbes in den USA?**

Die Vereinigten Staaten erleben seit Jahren einen relativen Bedeutungsverlust des produzierenden Gewerbes innerhalb der US-Wirtschaft. Gemessen am Wertschöpfungsanteil am nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist das produzierende Gewerbe von 28,3 Prozent (1953) über 18,6 Prozent (1983) auf elf Prozent (2009) zurückgefallen. Ein wesentliches Indiz für den Niedergang ist ein historisch beispielloser Stellenabbau bis 2010. Zwischen 1998 und 2010 hat das Produzierende Gewerbe in den USA seinen Mitarbeiterstamm um 6,2 Millionen Arbeiter bzw. mehr als ein Drittel verringert.

Seit 2009 scheint sich der langjährige Rückgang des nominalen Wertschöpfungsanteils jedoch umzukehren. Er ist in dieser Zeit zwar nur leicht von 11 Prozent auf 11,9 Prozent im Jahr 2012 gestiegen. Dennoch handelt es sich dabei um die signifikanteste Erholung seit 35 Jahren.

Während das Produzierende Gewerbe in der langen Frist von 1992 bis 2007 (bereinigt um das Krisenjahr 2001) mit durchschnittlichen jährlichen Raten von 3,3 Prozent etwas langsamer als das reale BIP gewachsen ist (4,6 Prozent), hat sich dieses Verhältnis seit 2010 umgekehrt. In den Jahren von 2010 bis 2012 betrug die Steigerung der realen Wertschöpfung des Produzierenden Gewerbes jährlich 5,2 Prozent, während das reale BIP lediglich mit 2,1 Prozent stieg. Das zeigt, dass das Produzierende Gewerbe in den letzten Jahren tatsächlich mehr als doppelt so schnell wuchs wie die gesamte Wirtschaft.

Allerdings ist diese Erholung in erster Linie als Gegenreaktion auf den krisenbedingten Einbruch der Jahre 2008/09 zu werten. Während die gesamte Wirtschaft in diesem Zeitraum um insgesamt 3,4 Prozent schrumpfte, verzeichnete das Produzierende Gewerbe mit minus 14,4 Prozent einen mehr als viermal so starken Einbruch. Dass das schnelle Wachstum des Produzierenden Gewerbes seit 2009 kaum als Indiz für einen neuen »Industrieboom« gesehen werden kann, zeigen auch die absoluten Zahlen: Bis 2012 hat das Produzierende Gewerbe mit einer realen Wertschöpfung von 1,68 Bio. US-Dollar noch nicht ganz sein Vorkrisenniveau von 1,69 Bio. US-Dollar aus dem Jahr 2007 erreicht.

Gäbe es in den USA eine Re-Industrialisierung im großen Stil, so müsste sich diese über die Ausweitung von Produktionskapazitäten des Produzierenden Gewerbes bemerkbar machen. Das ist bislang aber nicht festzustellen. So liegt die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Produktionskapazitäten in der langen Frist von 1995 bis 2013 bei 2,4 Prozent. Die jährlichen Veränderungsraten in den für die Re-Industrialisierungsthese relevanten Jahren von 2010 bis 2013 liegen jedoch zum Teil noch darunter. Dass das Produzierende Gewerbe keinen Druck zur Ausweitung seiner bestehenden Kapazitäten hat, zeigt sich zudem an deren aktueller Auslastung. Sie lag in der langen Frist (ohne die Krisenjahre 1991, 2001 und 2008/9) von 1992 bis 2007 bei 79,4 Prozent. Im Vergleich dazu

war die Auslastung von 2010 bis 2012 mit 73,7 Prozent unterdurchschnittlich.

Als wesentliches Argument für das Wiedererstarken des Produzierenden Gewerbes der USA gilt der Anstieg der Beschäftigungszahlen. Zwischen 2010 und 2013 wurden insgesamt über eine halbe Million Beschäftigte eingestellt, was die signifikanteste Erhöhung seit 15 Jahren darstellt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass im Zuge der Konjunkturerholung weite Teile des US-amerikanischen Arbeitsmarktes derzeit einen Anstieg der Beschäftigungszahlen erleben. Zudem ist das Produzierende Gewerbe mit seinen rund 12,3 Mio. Beschäftigten (2013) derzeit noch weit davon entfernt, wieder an das Vorkrisenniveau (Anfang 2008: 13,7 Mio. Beschäftigte) anzuknüpfen. Was hier beobachtet werden kann, ist eher eine moderate Erholung von einer krisenbedingten Entlassungswelle als ein überzeugendes Indiz für eine Re-Industrialisierung.

Verglichen mit wichtigen Konkurrenzländern befindet sich das Produzierende Gewerbe der USA allerdings in einer günstigen Situation. Es ist in den USA gelungen, die Lohnstückkosten seit 2000 deutlich zu senken, während sie in wichtigen Konkurrenzländern wie Deutschland, Frankreich oder auch Kanada zum Teil deutlich gestiegen sind. Einen weiteren Wettbewerbsvorteil haben US-Unternehmen des Produzierenden Gewerbes ange- sichts der günstigen Energiepreise im Vergleich zum Weltmarkt. Aufgrund des Schiefergas-/Öl-Booms sind Erdgas, Erdöl und Elektrizität in den Vereinigten Staaten deutlich billiger als in Konkurrenzländern.

Lohnunterschiede und Energiekosten werden als Faktoren für eine Re-Industrialisierung im Vergleich zu Unterschieden in der Produktivitätsentwicklung, Transportkosten, Wachstumsunterschieden und der Steuerbelastung allerdings oft überschätzt. Die Energiekosten stellen nur einen geringen Anteil der Inputkosten im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt (durchschnittlich 2 Prozent im Jahr 2011) dar. Der Anteil energieintensiver Sektoren an der gesamten US-Industrieproduktion (insbesondere Aluminium, Stahl, Kunststoffe, Basischemikalien, Düngemittel) schwankt Schätzungen zufolge je nach Definition zwischen 7 Prozent und 25 Prozent. Die Auswirkungen auf die gesamte Industrieproduktion dürften sich insofern in Grenzen halten. Zudem hat es den Anschein, als ob der Schiefergasboom schon wieder abflacht und viele Prognosen ihn in seinem Ausmaß überzeichnet haben.

Niedrige Energiekosten sorgen zudem eher indirekt über ein höheres Wachstum und einen höheren Konsum als direkt für Erweiterungsinvestitionen in der US-Industrie. Die steigende Arbeitsproduktivität, der relative Verlust an Wettbewerbsfähigkeit insbesondere Chinas, der Trend zur Verkürzung komplexer Produktionsketten und die relative größere Bedeutung von Transportkosten sind viel wichtigere Gründe für die Stabilisierung des Industrieanteils in den USA.

Die »Re-Industrialisierung« der US-Wirtschaft ist deshalb zurzeit noch ein Hoffnungswert. Ob die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes künftig messbar stärker von niedrigen Energiepreisen profitieren werden, als sie es bislang getan haben, ist offen und hängt neben dem relativen Anteil der Energiekosten an der Produktion auch von vielen anderen Faktoren wie Steuern, Infrastruktur oder der Energiepolitik anderer Länder ab.

Dr. Berend Diekmann ist Referatsleiter im BMWi für Außenwirtschaftspolitik, Nordamerika, G8/G20 und OECD. Zuvor war er u. a. Referatsleiter für Internationale Wirtschafts- und Währungspolitik und IWF und wirtschaftspolitischer Berater in der FDP-Bundestagsfraktion. Er ist ein ausgewiesener Spezialist für internationale Wirtschaftsfragen mit einem Schwerpunkt auf den USA und hat zahlreiche Beiträge u. a. zur Rolle des US-Dollars, zum Finanzausgleich in den USA oder zur Entwicklung in den USA nach der Finanzmarktkrise veröffentlicht.



Berend Diekmann

Gastbeitrag VCI

Zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Grundstoffindustrie

Fossile Energieträger auch als Grundstoff wichtig

In der deutschen Grundstoffindustrie schrillen die Alarmglocken. Während die Produktionskosten hierzulande nicht zuletzt wegen der ehrgeizigen Klimapolitik und einer verfehlten Energiewende Jahr für Jahr steigen, sinken in den USA die Energiepreise dank der umfangreichen Schiefergasexploration deutlich. Mittlerweile ist Industriestrom in Deutschland 2,5-mal so teuer wie in den Vereinigten Staaten. Für Erdgas muss die deutsche Industrie sogar das Dreifache bezahlen. Studien der internationalen Energieagentur und des Beratungsunternehmens IHS Cera zeigen, dass sich an diesen Preisrelationen in den kommenden Jahrzehnten kaum etwas ändert.

Besonders betroffen von diesen Preisunterschieden ist die Basischemie, da dort fossile Energieträger auch als Rohstoff Verwendung finden. Die überwiegend auf Gas basierende US-Petrochemie hat in den letzten drei Jahren gegenüber der auf Naphtha (Rohbenzin) basierenden europäischen Petrochemie deutlich an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. Die Produktionskosten für eine Tonne Ethylen in einem US-amerikanischen Ethancracker liegen derzeit mit rund 300 US-Dollar je Tonne nur bei einem Drittel der Kosten eines europäischen Konkurrenten. Auch wenn für längerkettige oder aromatische Crackerprodukte die Rechnung anders ausfällt, bleibt unter dem Strich ein erheblicher Kostennachteil für die europäische Basischemie.

Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen steht auf dem Spiel

Und dennoch: Die deutschen Chemie-Exporte stiegen im Jahr 2013 um 2 Prozent auf über 165 Mrd. Euro. Die Einfuhr chemischer Erzeugnisse stagnierte demgegenüber bei 111 Mrd. Euro. Die Bilanz des Außenhandels bei chemischen Erzeugnissen blieb mit 54 Mrd. Euro stark positiv. Er hat sich seit der Jahrtausendwende sogar mehr als verdoppelt. Die deutsche Volkswirtschaft weist seit langem hohe und wachsende Exportüberschüsse aus. Dies hat mittlerweile sogar die EU-Kommission auf den Plan gerufen. Sie wirft Deutschland vor, durch seinen hohen Leistungsüberschuss die finanzielle und wirtschaftliche Stabilität in Europa zu gefährden. Die Chemieindustrie steht nicht explizit im Fokus. Aber sie ist Teil des deutschen Industrienzwerkes, das mit gut 1,1 Bio. Euro für über 85 Prozent aller deutschen Exporte verantwortlich ist.

Hohe Außenhandelsüberschüsse gelten als Nachweis einer starken internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Insofern scheint Deutschland auf einem guten Weg zu sein – trotz hoher Energiepreise. Doch Vorsicht: In den Kennzahlen des Außenhandels zeigt sich die transatlantische Verschiebung der Wettbewerbsfähigkeit in der Basischemie und anderen Grundstoffindustrien bisher nicht. Der Grund dafür ist, dass die neuen Kapazitäten der USA überwiegend noch nicht im Betrieb sind und der US-amerikanische Markt die dortige Produktion größtenteils absorbiert. Daher drängen bislang keine US-amerikanischen Basischemikalien auf die Weltmärkte. Dies ist aber nur eine Frage

der Zeit. In den kommenden Jahren werden sich die globalen Handelsströme für Basischemikalien, aber auch für Stahl und andere Grundstoffe, deutlich verändern. Wenn die Politik nicht gegensteuert, mutiert Deutschland schon bald zum Nettoimporteur von Grundstoffen und die Überschüsse der Handelsbilanz werden abschmelzen.

Investitionen werden umgelenkt, Produktion wird verlagert

Dies ist keine leere Drohung der energieintensiven Grundstoffindustrie, sondern harte Realität. Das zeigt der Blick auf das Investitionsverhalten der Chemieunternehmen. Bei geringen Preisunterschieden auf den Weltmärkten für die meisten Commodities fällt die Rendite einer US-amerikanischen Chemieanlage erheblich höher aus als in Europa. Das Kapital strömt daher in die US-amerikanische Grundstoffindustrie und löst dort einen Investitionsboom aus. Auch deutsche Chemieunternehmen beteiligen sich am Ausbau der Produktionskapazitäten der US-Chemie. Während hierzulande die Investitionen in Produktionsanlagen kaum höher liegen als die Abschreibungen, investieren die deutschen Chemiekonzerne verstärkt in den USA. Die Anlageinvestitionen der deutschen Chemie in den Vereinigten Staaten haben sich innerhalb von drei Jahren auf mehr als drei Mrd. Euro verdoppelt. Zum Vergleich: Im Inland investiert die Branche lediglich 6,3 Mrd. Euro (2012).

Die Verlagerung von Investitionen vom In- ins Ausland trägt zur Investitionsschwäche in Deutschland bei. Diese dämpft nicht nur in der Grundstoffindustrie, sondern auch in der gesamten deutschen Volkswirtschaft das langfristige Wachstumspotenzial. Denn Eines ist klar: Wenn die Basischemie und andere energieintensive Grundstoffindustrien (z. B. Glas, Stahl, Metallerzeugung, Papier) in Deutschland keine wettbewerbsfähigen Standortbedingungen mehr vorfinden, hat dies Auswirkungen auf die gesamte Industrie. Wertschöpfungsketten zerreißen und das empfindliche und bisher so erfolgreiche deutsche Industriennetzwerk wird dauerhaft geschädigt.

Für die deutsche Grundstoffchemie wird sich der Wettbewerb in den kommenden Jahren weiter intensivieren. Günstige Importe drängen zunehmend auf den deutschen Markt, während sich die Branche auf den Auslandsmärkten gegenüber den Wettbewerbern mit niedrigeren Produktionskosten behaupten muss.

Um in diesem Wettbewerb bestehen zu können, müssen die industrielpolitischen Rahmenbedingungen am Standort Deutschland stimmen. Für die richtige Weichenstellung bleibt nicht mehr viel Zeit. Die Verschiebung der Investitionsschwerpunkte ins Ausland kann sich rasch zu einer Auslandsverlagerung deutscher Industrieproduktion ausweiten. Dies wäre der Beginn einer De-Industrialisierung mit negativen Effekten für die gesamte Volkswirtschaft. Soweit muss und darf es nicht kommen!



Henrik Meincke

»Noch sind unsere Unternehmen international wettbewerbsfähig. Das belegen die großen Überschüsse in der Chemiehandelsbilanz. Hohe und steigende Energie- und Rohstoffkosten gefährden jedoch langfristig die Wettbewerbsfähigkeit dieser für das Industrieland Deutschland so wichtigen Grundstoffindustrie.«

Dr. Henrik Meincke studierte in Freiburg Chemie und Volkswirtschaftslehre. Nach Tätigkeiten beim Freiburger Materialforschungszentrum und beim Fraunhofer Institut für physikalische Messtechnik ist er seit 2000 beim Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI) tätig. Seit April 2001 leitet er den Bereich Volkswirtschaft und Statistik. Er beschäftigt sich neben volkswirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragestellungen mit der Analyse der Chemiewirtschaft. Ein weiterer Themenschwerpunkt ist die Gesetzesfolgenabschätzung.

Das Exportregime der USA für Erdgas und Erdöl



Die EU beabsichtigt, Lockerungen der US-Exportrestriktionen zu erwirken.

Erdgas- und insbesondere Rohölexporte unterliegen in den USA starken Beschränkungen. Laut dem »Natural Gas Act« müssen potenzielle Exporteure von in den USA produziertem Gas zunächst eine Lizenz beim Department of Energy (DOE) beantragen. Dieses prüft dann, ob die Exporte im Interesse der Allgemeinheit (»in the public interest«) sind. Wenn der Importeur ein Land ist, mit dem die USA ein Freihandelsabkommen (FHA) unterzeichnet haben, wird die Lizenz ohne Einschränkungen erteilt. Dann sind die Exporte automatisch im Einklang mit dem öffentlichen Interesse. Jedoch gibt es bislang nur sechs FHA-Partnerländer – Kanada, Chile, die Dominikanische Republik, Mexiko und Südkorea –, die überhaupt Importterminals für Flüssigerdgas (liquefied natural gas, kurz LNG) besitzen. Geht es um Exporte in andere Länder, so prüft das DOE zunächst u.a. den heimischen Bedarf, die Versorgungslage, Umwelt- und geopolitische Aspekte sowie die Versorgungssicherheit.

Insgesamt wurden beim DOE bisher 37 Exportlizenzanträge für in den USA produziertes Flüssiggas eingereicht (Stand: 11. Februar 2014). In 32 Fällen wurde die Ausfuhr in FHA-Partnerländer bereits genehmigt. In 30 der 37 Fälle wurde auch der Export in Nicht-FHA-Partnerländer beantragt. Dieser wurde jedoch bisher nur in sechs Fällen genehmigt.

Der Großteil der Exportlizenzanträge beinhaltet den Bau neuer Exportterminals; bei einigen sollen jedoch auch existierende Import- zu Exportterminals umgebaut werden. Der Bau und die Erweiterung von LNG-Exportterminals müssen ebenfalls vom DOE bzw. einer Tochterbehörde, der Federal Energy Regulation Commission (FERC), autorisiert werden. Lediglich ein Exportprojekt, Sabine Pass, hat bisher alle nötigen Zulassungen einschließlich der Baugenehmigung erhalten. Der Terminal befindet sich im Bau (Stand 21. Februar 2014).

Das Lizenzierungsverfahren ist teilweise sehr langwierig: Bisher dauerte es im Fall von Importterminals zwischen 18 und 30 Monate, bis ein Projekt genehmigt wurde. Auch manche Exportpro-

jekte warten bereits seit über zwei Jahren auf eine Genehmigung; beim Sabine-Pass-Projekt dauerte das Lizenzierungsverfahren 15 Monate.

Dies liegt unter anderem daran, dass das DOE nach der Genehmigung des Sabine-Pass-Projekts zunächst die mikro- und makroökonomischen Effekte von Erdgasexporten untersuchen ließ. In dieser Zeit vergab sie keine Lizzenzen für Exporte in Nicht-FTA-Länder. Damit trug das DOE den wachsenden Bedenken Rechnung, steigende Gasexporte könnten der US-Wirtschaft schaden. Eine vom DOE bei NERA Economic Consulting in Auftrag gegebene Studie kam zu dem Schluss, dass dies nicht der Fall ist. Vielmehr würden LNG-Exporte der US-Wirtschaft insgesamt zugutekommen, und zwar in größerem Ausmaß als steigende heimische Energiepreise ihr schadeten.

Während Erdgasproduzenten ein Interesse daran haben, in andere Länder zu exportieren, weil sie dort höhere Preise erhalten, profitiert die verarbeitende Industrie von den niedrigen Preisen und unterstützt die bestehenden Restriktionen. Im 113. Kongress wurden mehrere Reformvorschläge für das derzeitige Exportregime eingereicht. Der »Expedited LNG for American Allies Act of 2013« würde Exporte in andere NATO-Länder, nach Japan und in weitere von der Administration identifizierte Länder erlauben. Dagegen würden der »American Natural Gas Security and Consumer Protection Act« sowie der »Keep American Natural Gas Here Act« den Prozess zur Bestimmung von »öffentliche Interesse« durch das DOE reformieren sowie den Export von Erdgas, das auf öffentlichem Land gefördert wurde, verbieten.

Rohölexporte sind mit Ausnahme einiger Sonderfälle verboten. Zu den Ausnahmefällen, in welchen das Bureau of Industry and Security (BIS), eine Behörde des Department of Commerce (DOC), eine Genehmigung erteilt, gehören u. a.: Ölausfuhren nach Kanada, Ölausfuhren über das Trans-Alaska-Pipelinesystem oder der Export von Öl, das im Ausland produziert wurde und Bestandteil der strategischen Erdölreserve des DOE ist. Zusätzlich sind Exporte erlaubt, wenn diese im Einklang mit dem nationalen Interesse und dem »Energy Policy and Conservation Act« sind. Dies ist allerdings nur dann der Fall, wenn das exportierte Rohöl durch Einführen von mindestens der gleichen Menge und Qualität oder bestimmter Erdölprodukte ersetzt wird, und wenn es nicht auf angemessene Weise in den USA abgesetzt werden kann. Vorgegeben ist zudem, dass die Lieferverträge kündbar sein müssen, wenn die Versorgung des Landes unterbrochen oder ernsthaft bedroht ist.

In letzter Zeit wurde in den USA vermehrt gefordert, die Restriktionen für Rohölausfuhren zu lockern. Befürworter einer Lockerung fürchten, die Restriktionen könnten den Boom bei unkonventionellem Öl verhindern, da nicht genügend Anreize für Investitionen in die Förderung bestehen.

Die EU nutzt derzeit die Verhandlungen zum Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (TTIP), um auf eine Locke-

rung der US-Exportrestriktionen auf Öl und Gas hinzuwirken. In der dritten Verhandlungsrounde im Dezember wurde erstmals intensiver über Energiethemen gesprochen.

Gerade im Fall von Öl dürften sich die Verhandlungen allerdings schwierig gestalten. Öl ist für die USA ein strategisches Gut; sicherheitspolitische Erwägungen spielen – anders als bei Gas – die entscheidende Rolle. Eine Lockerung der Exportbeschränkungen verlangt eine Gesetzesänderung durch den Kongress. Eine solche Initiative ist jedoch weder unter Demokraten noch unter Republikanern mehrheitsfähig.

Angesichts der Entwicklungen in der Ukraine forderte nun auch John Boehner, Sprecher des Repräsentantenhauses, das DOE müsse die Exportlizenzen für Flüssiggas deutlich schneller ausstellen, um die Abhängigkeit der Ukraine und anderer Länder von Russland zu reduzieren.

Ansprechpartnerin im BDI:

Julia Howald
T.: +49 30 2028-1483
j.howald@bdi.eu

Außenwirtschaftspolitik

Schutz europäischer Investitionen im Ausland: Anforderungen an Investitionsabkommen der EU



Die Prinzipien für den Schutz ausländischer Direktinvestitionen sollten multilateral verankert werden.

Im Jahr 2011 betrug der Wert der Bestände deutscher Direktinvestitionen im Ausland (ADI) 1.144,0 Mrd. Euro. Seit 1990 sind die Bestände somit um das 5-fache gestiegen (1990: 226,5 Mrd. Euro). Allein im Jahr 2012 investierten deutsche Unternehmen 52,1 Mrd. Euro im Ausland. Umso wichtiger ist ein umfassender Schutz von ADI. Investitionsförder- und -schutzverträge (IFV) bieten einen solchen Schutz. Diese völkerrechtlichen Verträge zwischen zwei oder mehr Ländern dienen dazu, ausländischen Investoren faire Wettbewerbschancen, den Schutz des Eigentums und die Möglichkeit zuzusichern, ihre Rechte im Gastland gerichtlich durchzusetzen.

Zurzeit verhandelt die EU einen bilateralen Investitionsvertrag mit China. Auch in den Verhandlungen um ein Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) stehen Investitionen mit auf der Agenda. In den vergangenen Monaten ist eine heftige Diskussion um Investitionsverträge entbrannt. Im

Kreuzfeuer der Kritik stehen insbesondere die Investor-Staat-Schiedsverfahren. Solche Verfahren sind gleichwohl unabkömmlig, um Investitionen im Ausland angemessen zu schützen. Anstatt diese kategorisch abzulehnen, geht es vielmehr darum, bestehende Verfahren zu verbessern.

Dies sollte u. a. geschehen durch:

1. Verbesserung der Transparenz (etwa bei der Auswahl von Richtern oder Veröffentlichung von Dokumenten)
2. Präzisierung von Konzepten wie der indirekten Enteignung oder auch der fairen und gerechten Behandlung
3. Einführung eines Schutzmechanismus gegen unseriöse Klagen
4. Schaffung einer Ausnahmeklausel für Regulierungen im öffentlichen Interesse
5. Etablierung eines Berufungsverfahren

Wünschenswert wäre, diese Reformen nicht nur in bilateralen IFV umzusetzen, sondern Prinzipien für den Schutz ausländischer Direktinvestitionen und die Beilegung von Investitionstreitigkeiten multilateral zu verankern.

Der BDI hat unter dem Titel »Schutz europäischer Investitionen im Ausland: Anforderungen an Investitionsabkommen der EU« ein umfangreiches Positionspapier verfasst. Das Papier kann beim BDI angefordert werden und steht demnächst unter www.bdi.eu im Bereich »Globalisierung, Internationale Märkte und Handel« zum Download bereit.

Ansprechpartner im BDI:

Dr. Christoph Sprich
T.: +49 30 2028-1525
c.sprich@bdi.eu

Freihandelsabkommen EU – Japan: Verhandlungsstand nach einem Jahr

Auf der Rangliste der wichtigsten Zielländer für deutsche Ausfuhren belegt Japan den 16. Rang, 1,6 Prozent der deutschen Ausfuhren gehen nach Japan. Für die EU insgesamt belegt Japan mit 3,3 Prozent der EU-Ausfuhren den 6. Platz. Mit dem Ziel, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu stärken, starteten vor einem Jahr die Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan. Im Januar 2014 endete in Brüssel die vierte Verhandlungsrunde. Die fünfte Verhandlungsrunde ist für Ende März in Tokyo geplant. Das Freihandelsabkommen soll bestehende Zölle seitens der EU und Japan abbauen und den gegenseitigen Marktzugang verbessern.

Japan erhofft sich von der EU Zollsenkungen, die EU fordert vor allem einen Abbau von nichttarifären Handelshemmrisen, die den Zugang zum japanischen Markt erschweren. So wird zum Beispiel ein besserer Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen im Eisenbahnbereich in Japan gefordert. Weiterhin sind, trotz einiger Fortschritte, noch lange nicht alle Hemmisse durch un-

terschiedliche Standards beseitigt worden. Dies betrifft u. a. ISO- und UNECE-Standards. Gemeinsame Standards vereinfachen den Handel um ein Vielfaches und ermöglichen neue Kooperationsmöglichkeiten, auch in Bezug auf Regulierungen in den aufstrebenden Märkten. Die Verhandlungen werden von intensiven Industriedialogen begleitet, um die Gespräche mit entsprechendem Fachwissen zu unterstützen. Bei einem Abschluss wird mit einem Anstieg der Exporte beider Verhandlungspartner gerechnet. Während die EU-Exporte nach Japan durch das Abkommen um etwa 32 Prozent steigen sollen, wird ein Anstieg der Exporte aus Japan auf 23 Prozent erwartet. Für Ende April ist eine Evaluierung der Verhandlungen (»Review«) durch die EU-Kommission geplant.

Ansprechpartner im BDI:

Stephan Keichel

T.: +49 30 2028-1522

s.keichel@bdi.eu

Freihandelsabkommen EU-Südkorea: Problem nichttarifärer Handelshemmisse

Am 1. Juli 2011 ist das Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Republik Korea (EUKOR) vorläufig in Kraft getreten. Es ist das erste Freihandelsabkommen der EU im asiatischen Raum und im Rahmen der europäischen Handelspolitik das bisher ehrgeizigste und umfangreichste. Seit seinem Inkrafttreten hat sich EUKOR zu einem Vorbild für weitere Handelsabkommen der EU entwickelt.

Bisher hat das Abkommen hohe Erwartungen geweckt. So entwickelte sich der Handel zwischen der EU und Korea seit 2011 sehr positiv. Dennoch gehört eine stets reibungslose Umsetzung des Freihandels nicht zur Alltagspraxis. Während die tarifären Handelshemmisse zwischen den europäischen und koreanischen Märkten weitgehend auf den Stand der meistbegünstigten Länder (»MFN«) reduziert wurden, berichten einzelne Branchen über neue nichttarifäre Handelshemmisse, die vor Abschluss des EUKOR nicht existierten. So wurden von südkoreanischer Seite neue Zertifizierungsanforderungen eingeführt. Bereits durch das EUKOR übernommene Standards (ISO, UNECE) werden teilweise nicht mehr akzeptiert, wodurch einige Produkte auf dem koreanischen Markt nicht mehr abgesetzt werden können (Beispiel: Autos mit Benzinmotoren und einer »Euro 6 On-Board Diagnostic«, die im EUKOR mit als äquivalent zum koreanischen akzeptiert wurde.) Die neuen Regulierungen führen zu einer Zusatzbelastung für die europäischen Unternehmen vor Ort. Der BDI arbeitet derzeit an der detaillierten Erfassung dieser Handelshemmisse, um diese dann im Rahmen des Abkommen und in Kooperation mit den europäischen Partnern anzusprechen und deren Beendigung zu fordern. Diese neu geschaffenen NTBs müssen durch die EU-



Das Freihandelsabkommen der EU mit Südkorea ist das erste im asiatischen Raum.

Kommission mit der südkoreanischen Regierung verhandelt werde. Bei zukünftigen Abkommen muss es zu einem verbindlichen Stand-Still zu NTBs kommen, des Weiteren ein entsprechender Streitschlichtungsmechanismus installiert und ein Mechanismus vorgesehen werden, der bei neuen NTBs das Aussetzen von Zollsenkungen auf EU-Seite ermöglicht.

Ansprechpartner im BDI:

Stephan Keichel

T.: +49 30 2028-1522

s.keichel@bdi.eu

Zehn Thesen zur Globalisierung



Globalisierung bedeutet zunehmende weltweite Verflechtung und internationale Ausdehnung von Märkten. Seit 1990 hat sich der Welthandel verfünfacht und die grenzüberschreitenden Direktinvestitionen sogar verneunfacht. Davon profitiert Deutschland, die weltweite wirtschaftliche Verflechtung gehört zu den wichtigsten wirtschaftlichen Erfolgsstrategien der deutschen Industrie.

In einem Flyer mit dem Titel »10 Thesen des BDI zur Globalisierung« hat der BDI unter den folgenden 10 Überschriften Forderungen an die Politik formuliert:

1. Freihandel fördern
2. Globale Ordnungspolitik fördern
3. WTO stärken
4. Wirtschaftsabkommen mit den USA abschließen
5. Schwellenländer als Partner in die Globalisierung einbinden
6. Neue Zielmärkte in den Fokus politischer Bemühungen rücken
7. Schutz der europäischen Investitionen im Ausland sicherstellen
8. Visaliberalisierung vorantreiben
9. Nachhaltige Unternehmensführung weltweit fördern
10. Standortbedingungen verbessern

[>> Zum Flyer](#)

Ansprechpartner im BDI:

Dr. Christoph Sprich
T.: +49 30 2028-1525
c.sprich@bdi.eu

BMWi-Markterschließungsprogramm für kleine und mittelständische Unternehmen

Nachdem das BMWi 2012 ein neu gebündeltes Markterschließungsprogramm initiierte, lässt sich nun der Erfolg des Förderinstruments feststellen. Ausgestattet mit einem Budget von knapp 4,3 Mio. Euro wurden im letzten Jahr mit rund 1 200 Unternehmen insgesamt 104 Projekte durchgeführt. Die Mehrzahl der Teilnehmer waren kleine und mittlere Unternehmen.

Besonders bewährt haben sich im Laufe des Programms die starke Einbindung der Wirtschaft, der Länder- und Fachreferate des BMWi sowie die Arbeitsteilung mit GTAI und dem BAFA. Als Partner und Durchführer des Markterschließungsprogramms stellen Verbände eine bedarfsgerechte und nachfrageorientierte Ausgestaltung des Programms sicher, die eine effiziente Nutzung von Bundesmitteln zur Förderung der deutschen Wirtschaft garantiert.

Mithilfe unterschiedlicher Projekttypen, sogenannter »Module«, bietet das Markterschließungsprogramm sowohl inländischen als auch ausländischen Unternehmen Möglichkeiten, sich über das Waren- und Dienstleistungsangebot deutscher Unternehmen zu informieren, um diese später beziehen zu können. Neben Informationsveranstaltungen über neue Zielmärkte werden deutschen Unternehmen im Rahmen des Programms auch Geschäftsanbahnungs- und Einkäuferreisen im Ausland angeboten. Ausländische Unternehmen können über Einkäufer- und

Informationsreisen Geschäftskontakte in Deutschland knüpfen sowie über den Besuch von Messeveranstaltungen Referenzen zum hiesigen Produktangebot einholen.

Die Übersicht der für 2014 ausgeschriebenen Projekte und weitere Informationen, wie beispielsweise die Beteiligungskosten für Unternehmen, können über das Außenwirtschaftsportal von Germany Trade and Invest unter www.ixpos.de/markterschliessung abgerufen werden. Projektvorschläge für 2015 können bis zum 17. April 2014 über ein Online-Formular unter der Adresse <https://vorschlag.gtae.de/vorschlag.php> eingebracht werden.

Geschäftsstelle Markterschließung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)
Geschäftsstelle Markterschließung
Villemomblr Straße 76
53123 Bonn
Telefon: (0228) 99 615 4291
E-Mail: markterschliessung@bmwi.bund.de

Ansprechpartner im BDI:

Richard Bartel
T.: +49 30 2028-1698
r.bartel@bdi.eu

BDI-Außenwirtschafts-Report

Der BDI-Außenwirtschafts-Report informiert quartalsweise über aktuelle außenwirtschaftliche Trends. Beleuchtet werden die Entwicklungen der Weltwirtschaft und der deutschen Außenwirtschaft. Deutschland ist Vizeweltmeister im Export, Ausfuhren machen etwa die Hälfte des deutschen BIP aus. Insgesamt hängen in Deutschland ein Viertel der Arbeitsplätze vom Außenhandel ab. Die weltweite wirtschaftliche Verflechtung gehört nach wie vor zu den wichtigsten wirtschaftlichen Erfolgsstrategien Deutschlands.

Der BDI-Außenwirtschafts-Report erscheint seit dem Jahr 2000 und wird quartalsweise an fast 3 000 Leser aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft verschickt, in englischer Sprache unter dem Namen BDI Foreign Economic Report zusätzlich an einen internationalen Leserkreis. Regelmäßig werden die Ergebnisse der BDI-Branchenumfrage zu den Exportaussichten der deutschen Industrie präsentiert.

BDI-Außenwirtschafts-Report abonnieren:
[>> www.aussenwirtschaftsreport.de](http://www.aussenwirtschaftsreport.de)

BDI-Außenwirtschaftstermine

02.04.2014	BDI-Arbeitskreis Entwicklungspolitik	Berlin
03.04.2014	Arbeitskreis Exportkreditsicherung/Exportfinanzierung	Berlin
04.04.2014	BDI-Veranstaltungsreihe Internationalisierung des Mittelstandes: Wachstumsmärkte Saudi-Arabien, Katar, VAR	München
07.04.2014	BDI-Ausschuss Außenwirtschaft	Hannover
10.04.2014	Arbeitskreis für Auslandsmessebeteiligungen beim AUMA	Berlin
17.04.2014	BDI-Arbeitskreis Exportkreditversicherung	Berlin
08.05.2014	BDI-Arbeitskreis USA	Berlin
09.07.2014	BDI-Ausschuss Außenwirtschaft	Köln

Bildnachweise: Fotolia/KSLight (1), Fotolia (5,15), plainpicture (1,6), Fotolia/Digital Zombie (1,8), BMWi (1,13), VCI (1,9,14), Fotolia/Marco2811 (1,2), Fotolia/industrieblick (7), Fotolia/Ramon Milert (7), Fotolia/marqs (16), Fotolia/Lakshmix (17), Fotolia/Tanja Bagusat (18)

Redaktion: Dr. Stormy-Annika Mildner, Dr. Christoph Sprich (V.i.S.d.P.), Sonja Wanjek
 Die Verantwortung für die Inhalte der Fremdbeiträge tragen die jeweiligen Autoren.

Herausgeber: Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
 Breite Straße 29; 10178 Berlin; www.bdi.eu